



Zugang zur Arbeitserlaubnis

Seite 10

Inhalt

Öffnungszeiten & Kontakt

Seiten 3-4

Arbeitnehmern sollte es mit Arizona doch besser gehen?

Seite 5

Nachtarbeit ab Mitternacht

Seiten 6-7

Den Gewinn steigern, auch nachts und sonntags

Seiten 8-9

Die Sparfabrik

Seiten 10-12

Zugang zur Arbeitserlaubnis

Seite 13

„Europäische Union, wach auf“

Seiten 14-15

CNE Info

Seite 16

Meldungen

Impressum

Verantwortlicher Herausgeber:

Jean-Marc Namotte,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers

Redaktion:

Vera Hilt	Claudine Legros
Liliane Louges	Angela Mertes
Jochen Mettlen	Mike Mettlen
Marylène Weynand	

Layout: Jessica Halmes

Druck:

Kliemo A.G.
Hütte 53, 4700 Eupen

Anschrift der Redaktion:

CSC Info,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers
087/85 99 59
pressedienst@acv-csc.be

Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich

ARBEITSLOSENDIENST 087/85 99 98

CSC Eupen

Sprechstunden: dienstags und donnerstags 8.30 - 11.45 Uhr
csc.chomage.eupen@acv-csc.be

CSC St.Vith

Sprechstunden: montags 8.30 - 11.45 Uhr
csc.chomage.stvith@acv-csc.be

JURISTISCHE ERSTBERATUNG

Für jede Frage bezüglich Arbeitsrecht (Kündigung, Vertrag, Urlaub,...) kontaktieren Sie unsere juristische Erstberatung **per Telefon oder Mail**

Montags bis donnerstags 8.30 - 12.30 Uhr und 13.30 - 16 Uhr
Freitags 8.30 - 12 Uhr

087/85 99 22 • csc.ostbelgien@acv-csc.be

JURISTISCHER BEISTAND

Für jeden juristischen Beistand oder für eine laufende Akte kontaktieren Sie unseren juristischen Dienst:

CSC Eupen

Sprechstunden: donnerstags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

CSC St. Vith

Sprechstunden: dienstags auf Termin
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

OFFENE SPRECHSTUNDE

CSC Eupen Montags 8.30 - 11.45 Uhr

GRENZGÄNGERDIENST LUXEMBURG

CSC St.Vith: dienstags auf Termin

087/85 99 33 • grenzganger.luxemburg@acv-csc.be

GRENZGÄNGERDIENST DEUTSCHLAND

CSC Eupen: auf Termin

087/85 99 49 • grenzganger.deutschland@acv-csc.be



www.diecsc.be



www.facebook.com/cscostbelgien

Arbeitnehmern sollte es mit Arizona doch besser gehen?

Länger und flexibler arbeiten für weniger Rente? Werden die Zuschläge für Nachtarbeit gekürzt? Und wie sieht es mit den Vorruhestandsregelungen aus? Alles Themen, die auf der Agenda der Arizona-Regierung stehen. Und jetzt soll auch noch das Budget für das Wohlbefinden abgeschafft werden. Arbeitnehmern sollte es mit Arizona doch besser gehen?

Weit gefehlt. Wenn die Arizona-Regierung nur einen Teil ihres Maßnahmenkataloges durchsetzen sollte, wird es den Arbeitnehmern sicherlich nicht besser gehen. Im Gegenteil. Sollten die Vorruhestandsregelungen beschnitten werden, werden viele Arbeitnehmer später als erwartet in Rente gehen können. Und mit den geplanten Einsparungen bei den Renten wird am Ende aus länger Arbeiten auch noch weniger Rente.

Geplant sind zudem massive Sparmaßnahmen im Gesundheitssektor und bei den Arbeitslosenzulagen, eingefrorene Löhne, Flexibilisierung der Arbeit und schlechter bezahlte Überstunden. Die Nachtarbeit soll von Mitternacht bis 6 Uhr morgens begrenzt werden, statt wie bisher von 20 Uhr bis 6 Uhr. Für die betroffenen Arbeiter bedeutet das Hunderte Euro weniger Lohn pro Monat. Den Arbeitnehmern werden Nettolohnerhöhungen versprochen, aber erst im Jahr 2027, während die Unternehmen sofort Kasse machen können. Eines ist gewiss: Arbeitnehmer, Rentner, Kranke und Arbeitsuchende werden die Folgen dieses Abkommens stark zu spüren bekommen.

Arizona schafft Wohlbefinden-Budget ab

Die drei Gewerkschaften sind bestürzt, dass die Regierung De Wever beschlossen hat, die Haushaltsmittel für das Wohlbefinden zu streichen. Dieses Budget ermöglichte es den Sozialpartnern, alle zwei Jahre die niedrigsten und ältesten Renten, die Einkommensgarantie für Betagte sowie die niedrigsten Zulagen in den Bereichen Krankenversicherung, Arbeitsunfälle und Arbeitslosigkeit zu verbessern.

In den nächsten zwei Jahren hätte eine Milliarde Euro für diese Maßnahmen bereitgestellt werden sollen, wobei der größte Teil für die niedrigsten Renten bestimmt war. Für Hunderttausende von Menschen, die mit äußerst niedrigen Renten und Sozialleistungen oft nahe oder unterhalb der Armutsgrenze leben, war diese Unterstützung von entscheidender Bedeutung. Aber weil die Arizona-Koalition einen wackeligen Haushalt ausgleichen will, beschloss sie, dieses Budget komplett zu streichen, was einer Einsparung von insgesamt 2,8 Milliarden Euro entspricht.

Damit die stärksten Schultern endlich mehr beitragen, ist die Einführung einer neuen Kapitalertragssteuer vorgesehen. Die Saga der Mehrheitsparteien rund um diese Kapitalertragssteuer lässt nach wenigen Tagen Arizona-Regierung schon tief blicken. Die Gewerkschaften sind empört und beklagen, dass die größten Anstrengungen scheinbar wieder auf Rentner, Kranke und Arbeitsuchende abgewälzt werden. Anstatt eine ausgewogenere Politik zu verfolgen, bei der jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten beiträgt, werden die niedrigsten Einkommen mit voller Wucht getroffen. Die Gewerkschaften fordern die Arizona-Regierung auf, diese ebenso traurige wie unsoziale Entscheidung zurückzunehmen.

Beamtenstatut in Gefahr

Das Regierungsabkommen der Arizona-Regierung untergräbt außerdem die statutarischen Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Das Beamtenstatut ist jedoch eine grundlegende Säule des öffentlichen Dienstes und ein Mehrwert für die Beschäftigten und die Gesellschaft.





Das Beamtenstatut wurde 1936 als Reaktion auf den Wahlsieg der rechtsextremen Rex-Partei geschaffen, die die Beamten durch Gefolgsleute der Partei ersetzen wollte. Um eine neutrale und unparteiische öffentliche Verwaltung zu gewährleisten, wurde das Statut der Beamten gesetzlich festgelegt: Sie müssen im Interesse der Allgemeinheit arbeiten und dürfen nicht durch finanzielle Interessen oder politische Präferenzen beeinflusst werden. Dieses Statut gewährleistet Arbeitsplatzsicherheit, Stabilität und eine einheitliche Laufbahn für die Beamten in den Ministerien.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Statut dank der Bemühungen der Gewerkschaften für die meisten Beamten zur Norm. Es wurden zahlreiche Sonderstatuten für die Polizei, das Verteidigungsministerium, die Feuerwehr usw. geschaffen. Seitdem wurde die zentrale Bedeutung des Statuts durch die Staatsreformen teilweise geschwächt. Bis heute ist das Beamtenstatut ein Diskussions-thema, das die Arizona-Koalition wieder hervorgeholt hat. Dabei bietet es sowohl für die Bediensteten als auch für die Gesellschaft einen echten Mehrwert: Schutz vor politischer Willkür, Schutz vor politischem Druck und Korruption, Kontinuität der Dienstleistungen, Erhalt des institutionellen Wissens sowie Schutz vor der Abschaffung von Diensten.

In unseren nächsten CSC-Info-Ausgaben werden wir ausführlich auf die geplanten Maßnahmen der Arizona-Regierung und die daraus resultierenden Folgen für die Bevölkerung eingehen. Unsere Studiendienste haben das Regierungsabkommen analysiert. Eine nicht ganz einfache Aufgabe, da es stellenweise sehr undeutlich, schwammig und fehlerhaft ist.

jm

Infos+

www.diecsc.be/Arizona



0 % Lohnmarge für die kommenden zwei Jahre

Gemäß dem Lohnnormgesetz legt das Sekretariat des Zentralen Wirtschaftsrates für 2025-2026 eine Lohnmarge von 0 % fest. Aus Sicht der Gewerkschaften untergräbt dieses Gesetz, wenn es nicht reformiert wird, die Verhandlungen über ein überberufliches Abkommen.

Nach vier Jahren Nulllohnrunde verhindert das Lohnnormgesetz für weitere zwei Jahre, dass die Beschäftigten die Früchte des Wirtschaftswachstums ernten können. Dabei liegt die Rentabilität der Unternehmen immer noch über ihrem historischen Durchschnitt, nach einem Höchststand in 2022. Dieser hohe Durchschnitt zeigt, dass es in vielen Sektoren Spielraum für Lohnerhöhungen gibt. Das Gesetz hindert die Sektoren jedoch daran, Lohnerhöhungen auszuhandeln, die mit der Produktivitätssteigerung Schritt halten.

Darüber hinaus ist die Berechnung des Lohngefälles zwischen Belgien und den Nachbarländern fehlerhaft. Bei der Festlegung des berühmten „Lohnkostennachteils“ berücksichtigt der Zentrale Wirtschaftsrat (ZWR) nicht die Maßnahmen, die die Lohnkosten der Arbeitgeber reduzieren, nämlich die Senkungen der Arbeitgeberbeiträge und die Lohnkostenzuschüsse. Bei einer korrekten Berechnung würde man sehen, dass Belgien im Jahr 2023 einen Lohnvorteil von 2,4 % gegenüber seinen Nachbarn aufweist. Diese Realität widerspricht dem verzerrten Bild, das das Lohnnormgesetz aufzuzwingen versucht. Seit 1996 sind die belgischen Löhne um 2,4 % weniger stark gestiegen als die Löhne in den Nachbarländern.

Spielraum für Verhandlungen

Die Möglichkeit eines echten Verhandlungsspielraums würde für die Arbeitnehmerschaft, und vor allem für die Geringverdiener, eine große Erleichterung bedeuten. Sie sind am stärksten von den steigenden Kosten betroffen, da die Produkte mit den höchsten Preissteigerungen - wie Energie, Lebensmittel und Wohnen - einen größeren Teil ihrer Ausgaben ausmachen.

Die Tatsache, dass das Lohnnormgesetz keinen Spielraum für Lohnverhandlungen lässt, ist bedauerlich, denn die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt angespannt. Normalerweise sollte diese Anspannung zumindest zu einer Verbesserung der Löhne für seltene Berufsprofile führen.

Für die Gewerkschaften ist die Schlussfolgerung klar: Das Lohnnormgesetz muss abgeändert werden, wie wir es seit 2017 fordern. Ohne eine Überarbeitung des Gesetzes wird die auf Null reduzierte fiktive Marge die Verhandlungen für ein überberufliches Abkommen (ÜBA) untergraben, da die Arbeitgeber nicht einmal mehr verhandeln müssen, um ihre Ziele zu erreichen. Für die Beschäftigten gibt es keine Perspektive, außer einer nicht enden wollenden Lohnmäßigung.



Nachtarbeit ab Mitternacht: Verlust von bis zu 434 Euro

Die Arizona-Regierung möchte die Nachtarbeit im Einzelhandel und in verwandten Sektoren abändern. Um dies zu erreichen, will sie nur noch die Stunden von Mitternacht bis 6 Uhr morgens als Nachtarbeit betrachten, während derzeit die Zeitspanne von 20 Uhr bis 6 Uhr morgens als Nachtarbeit angesehen wird. Folge: Mindereinnahmen von 228 bis 434 Euro pro Monat.

Der Hintergrund für dieser Änderung ist die Zahlung von Nachtzuschlägen, die in den vier Stunden vor Mitternacht nicht mehr gezahlt werden sollen. Die Änderung dürfte erstmal die bestehenden Arbeitnehmer verschonen und „nur“ die neuen Arbeitnehmer betreffen. Die rechtliche Umsetzung dieser Vereinbarung ist noch unklar, aber die Gefahr eines Kaufkraftverlusts ist durchaus gegeben.

Minus 228 bis 434 Euro pro Monat

Die CSC Nahrung und Dienste hat die Beträge berechnet, die Nachtarbeitern entgehen würden, wenn die Stunden vor Mitternacht nicht mehr als Nachtarbeit vergütet würden.

Derzeit verdient ein Nachtarbeiter mit Mindestlohn in einem Lager des Lebensmittelhandels durchschnittlich 2.900 Euro monatlich, zuzüglich 913 Euro an Nachtzuschlägen (bei einer Arbeitszeit von 22 bis 6 Uhr morgens). Bei einem solchen Arbeitnehmer führt eine Nichtberücksichtigung der Stunden vor Mitternacht dazu, dass er in jeder gearbeiteten Nacht zwei Stunden Nachtschichtzuschlag verliert. Dadurch verringert sich seine Prämie monatlich von 913 Euro auf 685 Euro, was einem Verlust von 228 Euro pro Monat entspricht.

Dieses Beispiel bezieht sich auf einen Arbeitnehmer mit Mindestlohn, aber die meisten haben höhere Löhne. So verdient ein Nachtarbeiter einer bekannten Lebensmittelkette 1.519 Euro pro Monat an Nachtzuschlägen. Eine Nichtberücksichtigung der Stunden vor Mitternacht würde die Nachtzuschläge auf 1.085 Euro senken, was einem Verlust von 434 Euro pro Monat entspricht. Für einen neuen Nachtarbeiter im Lebensmittelhandel besteht also das Risiko eines Verlustes von bis zu 434 Euro pro Monat, d.h. von etwa 5.600 Euro pro Jahr.

Zuschläge als Ausgleich für harte Nachtarbeit

Luc Debast, Sprecher der CSC Nahrung und Dienste für den Lebensmittelhandelssektor: „Die Nachtzuschläge sind ein Ausgleich dafür, dass die Nachtarbeit besonders hart ist. Sie bringt das Familienleben durcheinander und führt zu gesundheitlichen Problemen. Studien zeigen sogar, dass Nachtarbeiter häufiger an Krebs erkranken. Die Arizona-Regierung behauptet, sie wolle diejenigen, die arbeiten, besser entlohnen. Aber indem sie die Nachtzuschläge kürzt, kürzt sie auch den Lohn derjenigen, die einen der schwersten Berufe ausüben. Darüber hinaus will die Föderalregierung das Gesetz, das Bruttolohn erhöhungen verbietet, mindestens bis 2027 verlängern. Hier klaffen Worte und Taten weit auseinander. Wir fordern die Aufgabe der geplanten Reform der Nachtarbeit.“



© shutterstock

	Logistiker mit Mindestlohn	Logistiker mit höherem Lohn
Monatslohn 2025	2.900 €	3.797 €
Aktueller Nachtzuschlag (30 % / 40 % der Stunden von 22 bis 6 Uhr)	913 €	1.519 €
Reduzierter Nachtzuschlag (30 % / 40 % der Stunden von 24 bis 6 Uhr)	685 €	1.085 €
Verlust mit dem Arizona-System	228 €	434 €

Berechnungen für einen Arbeiter der PK 119, 12 Jahre Betriebszugehörigkeit, Kategorie 4, Unternehmen mit mehr als 50 Arbeitnehmern, Frischedepot

Den Gewinn steigern, auch nachts und sonntags

Die Abschaffung des Sonntagsarbeitsverbots und der Beginn der Nachtarbeit um Mitternacht statt um 20 Uhr gehören zu den geplanten Maßnahmen der Arizona-Regierung. CSC Info wirft anhand von zwei Zeugenaussagen einen Blick auf diese beiden Maßnahmen.

“ Wenn sonntags geöffnet wird, entsteht prekäre Arbeit

Die Abschaffung des Verbots der Sonntagsarbeit wäre für kleine Geschäfte und Arbeitnehmer katastrophal. Annie Izzo, Leiterin einer Lidl-Filiale in Chapelle-lez-Herlaimont und seit 16 Jahren CSC-Delegierte, spricht über die voraussichtlichen Folgen dieser Maßnahme für dieses Unternehmen, dessen Türen bisher sonntags geschlossen sind.



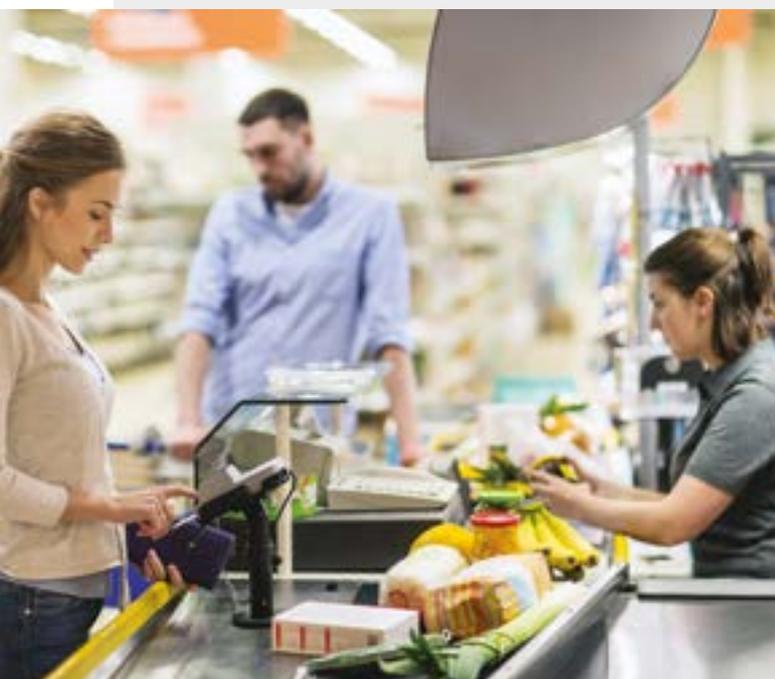
Lidl-Geschäfte sind am Sonntag geschlossen. Zum Jahresende gab es Ausnahmen, aber in den letzten zwei Jahren hat Lidl auf verkaufsoffene Sonntage verzichtet. Warum? Weil es für die Supermarktkette teuer ist, alle 304 Filialen an den sechs erlaubten Sonntagen im Jahr zu öffnen. Vor einigen Jahren hatten wir ausgehandelt, dass die Mitarbeiter bei Sonntagsarbeit entweder den dreifachen Lohn erhalten oder zwei Tage frei bekommen. Wir hatten bereits alles getan, um zu verhindern, dass sich die Sonntagsöffnung der Geschäfte ausbreitet. Lidl versuchte es ein paar Jahre lang, aber in den letzten zwei Jahren hat die Geschäftsführung beschlossen, davon abzusehen, was sehr gut für uns ist.

Die Geschäftsführung spricht derzeit nicht darüber. Aber sollte sie in Erwägung ziehen, an den sechs erlaubten Sonntagen wieder zu öffnen, dann würde sie versuchen, die Arbeitsbedingungen neu zu verhandeln. Und wenn sie die Möglichkeit hätte, die Geschäfte jeden Sonntag zu öffnen, wie es sich mit den Maßnahmen der Regierung abzeichnet, gäbe es nichts zu verhandeln. Sie hätte das Recht, dies ohne Gegenleistung für die Mitarbeiter zu tun. Die Direktion würde die Arbeitszeiten ausdehnen, obwohl die Überlastung in den Filialen bereits ein Problem ist. Wir hätten weniger Personal pro Tag in den Filialen und die Arbeitsbelastung würde nur noch zunehmen. Um das zu kompensieren, würden sie Studenten, d.h. billige Arbeitskräfte für das Unternehmen, einstellen. Ich persönlich bin gegen Sonntagsarbeit, weil wir von Montag bis Samstag genug Zeit haben, um einzukaufen - und mein Budget wird nicht steigen, wenn wir sieben Tage die Woche geöffnet haben.

Nur Profit für die Arbeitgeber

Angesichts der Umsatzsteigerung und des guten Marktanteils können wir sehen, dass Lidl nicht unter der Konkurrenz durch den Einzelhandel leidet. Die direkten Konkurrenten sind Colruyt und Aldi, die bis auf einige Ausnahmen nicht sonntags öffnen. Aber wenn sie die Möglichkeit haben, sieben Tage die Woche ohne Lohnzuschläge zu öffnen, werden sie es auch tun, um zu verhindern, dass die Menschen ihr Geld anderswo ausgeben.

Als Argumente für die Öffnung an allen Tagen führt die Regierung Flexibilität, die Jahresarbeitszeit und die Entwicklung prekärer Verträge an. Je weniger den Arbeitnehmern gezahlt wird, desto besser für die Geschäftsführung. Wir werden vom Kapitalismus regiert und man schert sich einen Dreck um die Mitarbeiter. Es zählt nur der Profit für die Arbeitgeber.



“ Ich würde zwischen 150 und 200 Euro pro Monat verlieren!

Dany Beesman (51) arbeitet seit 24 Jahren als Wachmann und seit 2004 am Engie-Standort in Brüssel. Dieser CSC-Delegierte spricht über seine Arbeit und die Auswirkungen der in der Arizona-Note über die Nachtarbeit vorgesehenen Maßnahmen auf seinen Lohn.

Ich habe immer Nachtarbeit geleistet. Zuvor habe ich neun Jahre in einer Bäckerei gearbeitet, auch nachts. Ich wollte einen anderen Job, und da mein Biorhythmus bereits auf Nachtarbeit eingestellt war, habe ich diesen Rhythmus beibehalten.

Derzeit mache ich 12-Stunden-Schichten. Ich fange um 19 Uhr an und arbeite bis 7 Uhr morgens. Mal sind es drei Nächte hintereinander, mal vier. Ich bin Bediener von Alarmanlagen.

Ich sitze an Bildschirmen und überwache alles, was mit der Sicherheit zu tun hat, und greife bei Bedarf ein. Die Arbeit ist jede Nacht anders. Man weiß nie, was passieren wird. Wenn ich arbeite, nehme ich gegen 1 oder 2 Uhr nachts eine warme Mahlzeit zu mir. Wenn ich nach Hause komme, kümmere ich mich zuerst um meine Tiere, esse eine Kleinigkeit und gehe ins Bett. Ich schlafe etwa sechs Stunden.

Da ich nachts arbeite, erhalte ich eine Nachtprämie. Das Kollektivabkommen des Sektors sieht eine Prämie von 12,5 % des Bruttolohns für die Stunden zwischen 20 und 22 Uhr und von 22,5 % für die Stunden zwischen 22 und 6 Uhr vor. Wenn diese Nachtzuschläge erst ab Mitternacht gewährt würden, wie es die „Supernote“ von Regierungsbildner Bart De Wever vorschlägt, ist das ein finanzieller Verlust für diejenigen, die Nachtschichten machen. Ich würde zwischen 150 und 200 Euro pro Monat verlieren. Darüber hinaus werden mein Urlaubsgeld und meine Jahresendprämie auf meinen Bruttolohn berechnet. Über das Jahr gesehen verliere ich also noch mehr Geld. Viele Sicherheitskräfte wären von dieser Maßnahme betroffen und sind wütend. Es müssen ja weiterhin Menschen gefunden werden, die bereit sind, diese Nachtarbeit zu machen.



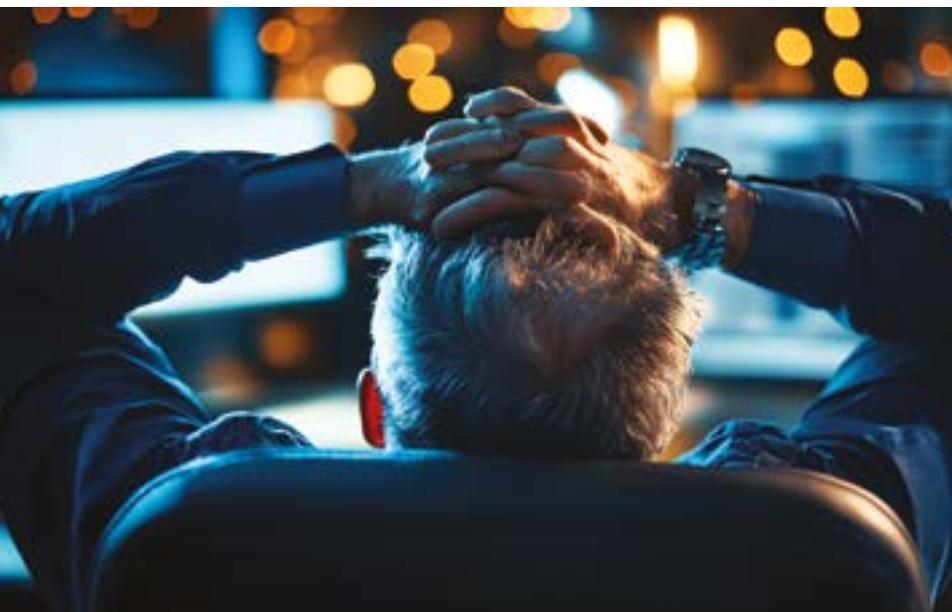
© stock.adobe.com

Handbuch der Sozialgesetzgebung

Die Ausgabe 2025 des „Handbuches der Sozialgesetzgebung“ der CSC ist erschienen. Diese neue Ausgabe führt Sie durch das Arbeits- und Sozialrecht. Neben Ausführungen zu den Rechtsquellen, der Arbeitsweise der Arbeitsgerichte und den Regeln für bestimmte Ereignisse, die Unternehmen betreffen können, finden Sie auch Informationen über Beschäftigungs- und Ausbildungsmaßnahmen, die auf föderaler Ebene sowie in den verschiedenen Regionen und Gemeinschaften gelten. Am Ende des Handbuches befinden sich die „Grünen Seiten“ mit den relevantesten Beiträgen aus dem Arbeitsrecht und der Sozialversicherung. Die digitale Version des Handbuchs kann auf unserer Webseite unter www.diecsc.be/Broschueren eingesehen werden. CSC-Mitglieder können eine Papierversion zum Preis von 9,50 Euro bestellen. Delegierte und Militanten der CSC können ein kostenloses Exemplar anfordern. Bestellungen unter pressedienst@acv-csc.be.

Streik bei Thalès

Die Beschäftigten von Thalès Alenia Space in Charleroi legten Mitte Januar die Arbeit nieder, weil die Unternehmensleitung trotz ihrer Entlassungsabsichten auf externe Arbeitskräfte zurückgreifen wollte. Die Direktion lenkte schließlich ein und senkte sowohl die Anzahl der zu entlassenden Personen als auch die Anzahl der Leiharbeiter, die nach den Entlassungen im Unternehmen bleiben werden. Der Sozialplan wurde von 81 % der Belegschaft angenommen. Ein kleiner Lichtblick in diesem düsteren Kontext.



© stock.adobe.com



Die Sparfabrik

Das von der EU-Kommission verwendete Modell zur Analyse der Schulden Tragfähigkeit könnte selbst die Ursache für die Verschuldung sein, die es abbauen soll. Zu diesem Schluss kommt eine Analyse⁽¹⁾, die sich mit diesem Modell befasst hat, das trotz seiner umstrittenen Zuverlässigkeit die Grundlage ist für die Sparpolitik der Arizona-Regierung.

Die Sparpolitik ist wieder da. Die Regierungserklärungen, die Supernote von Bart De Wever und die Eröffnung eines Defizitverfahrens gegen Belgien durch die EU-Kommission im Juli 2024 sind die ersten Anzeichen dafür. Die Kommission hat Belgien einen vorläufigen Referenzkurs übermittelt, in dem die Haushaltsanstrengungen festgelegt sind, die das Land unternehmen muss, um die willkürlichen Kriterien des Europäischen Stabilitätspaktes zu erfüllen: ein Defizit von weniger als 3 % des Bruttoinlandsproduktes und schließlich eine Staatsverschuldung von höchstens 60 % des BIP.

Bei der Ausarbeitung ihrer Haushaltsempfehlungen verwendet die Kommission das Modell zur Analyse der Schulden Tragfähigkeit (Debt Sustainability Analysis Model). Dieses Modell simuliert Schocks auf den Haushaltskurs eines Mitgliedstaates, um die Wahrscheinlichkeit zu schätzen, dass bei ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklungen ein Schuldenstand erreicht wird, den die Europäische Kommission als „nicht nachhaltig“ einstuft.

Verzerrtes Modell

Die Analyse weist gleich zu Beginn auf ein großes Problem bei der Verwendung des Modells durch die EU-Kommission hin: Obwohl seine Grenzen aufgezeigt wurden, verwendet „die Kommission das Modell nicht nur, um die Schulden-debatte zu befeuern. Sie verwendet das Modell, um direkt

Haushaltspläne für die Mitgliedstaaten auszuarbeiten.“ Die Studie weist auch auf die Verzerrungen der Modellparameter hin, die auf einen übermäßigen Pessimismus bei der Prognose der Schuldenentwicklung bei unveränderter Politik hindeuten und die unausweichliche Rückkehr eines Schneeballeffekts unterstellen⁽²⁾.

Im Gegensatz dazu werden die Auswirkungen der Sparpolitik auf die Schuldenquote zu optimistisch ausgelegt. „Das Modell zielt darauf ab, die Schuldenquote auf ihren Referenzwert von 60 % des BIP zu senken. Die Kommission scheint die Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf das Wachstum und die Dauer der negativen Auswirkungen der Sparmaßnahmen zu unterschätzen.“ Die Arizona-Regierung ist noch optimistischer und kündigt an, dass ihre Sparpolitik so positive Auswirkungen auf die Beschäftigung haben wird, dass sie das Defizit bis 2029 um 7,8 Milliarden Euro senken wird!



DIE EU-KOMMISSION SCHEINT DIE DAUER DER NEGATIVEN EFFEKTE DES SPARKURSES ZU UNTERSCHÄTZEN.

Die Autoren zeigen auch, dass das Modell keine politischen und institutionellen Faktoren (Qualität der Regierungsführung und des politischen Systems, Pro-Kopf-BIP, politisches Klima, wahrgenommene Sicherheit der Staatsverschuldung, usw.) zur Beurteilung der Tragfähigkeit der Schulden einbezieht. Schließlich weist die Analyse auf die Unvereinbarkeit des Modells mit dem ökologischen Wandel hin. Die massiven Investitionen, die die Klimaveränderungen in den kommenden Jahren erfordern werden, hätten „die Verbuchung der Schulden gerechtfertigt, indem die öffentlichen Investitionen in den Übergang aus der Berechnung herausgenommen worden wären. Dieser Ansatz wurde nicht weiterver-

⁽¹⁾ „Construire l'austérité. Le modèle DSA de la Commission européenne“, Hielke Van Doorslaer, Étienne Lebeau und Louise Lambert, auf www.ftu.be und www.econospheres.be.

⁽²⁾ Eine Situation, in der die Staatsverschuldung eines Staates im Verhältnis zum BIP stark ansteigt, weil der Realzins, zu dem das Land Kredite aufnimmt, höher ist als die Wachstumsrate der Wirtschaft, wodurch die Staatsverschuldung schneller steigt als das BIP.

folgt. Die einzige eingeräumte Flexibilität besteht darin, den Zeitraum für die Haushaltsanpassung um drei Jahre zu verlängern, um Investitionen zu ermöglichen, die als positiv für die Nachhaltigkeit des Haushalts angesehen werden. Diese Maßnahme ist lächerlich.“

Die Möglichkeit, die Anstrengungen auf sieben statt vier Jahre zu verteilen, hat ihren Preis: Belgien muss die Empfehlungen der Kommission zur Senkung der Renten- und Gesundheitskosten sowie zur Aktivierung von Arbeitssuchenden umsetzen. „Das Modell zur Analyse der Schuldentragfähigkeit ist also auch ein Hebel, um andere Politikbereiche als die Haushaltspolitik im engeren Sinne umzugestalten“, stellen die Autoren fest.

Selbsterfüllende Prophezeiung

Die Schlussfolgerung der Analyse ist aufschlussreich: Das Modell zur Analyse der Schuldennachhaltigkeit könnte zu einer selbst erzeugten Krise führen. Das Modell schreibt bereits Haushaltskürzungen vor, die auf übertrieben pessimistischen wirtschaftlichen Projektionen für zehn Jahre (!) basieren.



„Das Modell prognostiziert in pessimistischer Weise eine Rückkehr des Schneeballeffekts, obwohl dies derzeit nicht der Fall ist. Auf dieser Grundlage gehen die Regierungen davon aus, dass die Schuldenquote, die laut EU gesenkt werden muss, nur durch eine Sparpolitik reduziert werden kann. Diese Politik lässt das Wachstum sinken, erhöht die Schuldenquote, was die Finanzmärkte dazu veranlasst, eine höhere Risikoprämie für den Kauf von Schulden zu verlangen. Der Zinssatz steigt. Es kommt zu einem Schneeballeffekt, bei dem der Zinssatz über der Wachstumsrate liegt. Die Fiktion (die Rückkehr des Schneeballeffekts) wird zur Realität, nicht trotz, sondern wegen der Sparpolitik“, befürchten die Autoren der Studie.

Das Modell zur Analyse der Schuldentragfähigkeit verbessert also nicht die haushaltspolitische Tragfähigkeit, sondern ist die Grundlage für Sparmaßnahmen, die potenziell kontraproduktive Auswirkungen haben und neue Sparmaßnahmen hervorrufen. Um sich davon zu befreien, rufen die Verfasser dazu auf, die „Parameter des Modells in Frage zu stellen“ und seine Grenzen zu erläutern, um „zu vermeiden, dass das Modell als unfehlbar dargestellt wird.“

Schließlich lässt der institutionelle Rahmen der Eurozone, in dem die Geldpolitik (durch die Europäische Zentralbank, EZB) von der Haushaltspolitik (Regierungen) abgekoppelt ist, wenig Spielraum für politische Autonomie und richtet die Haushaltspolitik vorrangig auf den Abbau der Schulden und der öffentlichen Defizite aus. „Die Tatsache,

das das Mandat der EZB sie nicht dazu verpflichtet, automatisch als Kreditgeberin letzter Instanz für Staaten einzutreten, schafft das Risiko eines Schuldenausfalls. Solange ihr Mandat nicht geändert wird, wird der Spardiskurs

**DIE PROJEKTIONEN DES
AKTUELLEN MODELLS
SCHEINEN ÜBERTRIEBEN
PESSIMISTISCH.**

weiter gedeihen und von den eigentlichen Herausforderungen ablenken, insbesondere von der umweltbezogenen Schuld, die wir den künftigen Generationen hinterlassen“, analysieren die Autoren.

Die Ursachen der Schulden? Die „kapitalfreundliche“ Politik

Die hohen Schulden, die wir heute haben, sind in erster Linie auf die ‚kapitalfreundliche‘ Politik zurückzuführen, die seit den 1980er Jahren in Europa betrieben wird:

- Exzessive Zinssätze, die den Staaten während der neoliberalen Wende in den 1980er und 1990er Jahren auferlegt wurden;
- Sozialisierung der Verluste des Bankensektors nach der Krise von 2008;
- Rezessive Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der daraus resultierenden Sparpolitik;
- Rückgang der öffentlichen Einnahmen durch Steuerdumping (in Belgien Senkung der Unternehmensbesteuerung, Taxshift, Reform der Einkommenssteuer, usw.);

- Erhöhung der Beihilfen und Subventionen für Unternehmen.

So stammt ein großer Teil der belgischen Staatsverschuldung aus der zunehmenden und nicht an Bedingungen geknüpften Unterstützung von Banken und Unternehmen, aber auch aus der zunehmenden Senkung der Unternehmenssteuern. Haushaltskonsolidierungen haben jedoch stets vorrangig auf Sozialausgaben abgezielt. Es wäre daher besonders ungerecht, heute die Arbeitnehmer und Sozialhilfeempfänger den Preis für die Schulden zahlen zu lassen.

Quelle: „Nouvelles règles européennes. Conséquences et analyse critique“, auf www.ftu.be



Zugang zur Arbeitserlaubnis: Eine große Herausforderung für Belgien



Anlässlich des Internationalen Tages der Arbeitsmigranten (18. Dezember) startete die CSC eine Kampagne, die darauf abzielt, die Politiker von der Notwendigkeit zu überzeugen, Personen, die sich bereits auf belgischem Hoheitsgebiet aufhalten, den Zugang zur kombinierten Erlaubnis zu ermöglichen.

Die kombinierte Erlaubnis ist eine europäische Regelung, die 2019 in belgisches Recht umgesetzt wurde. Sie ermöglicht Arbeitgebern, Arbeitskräfte aus Drittländern für sogenannte Mangelberufe in Anspruch zu nehmen. Anstatt eine Arbeitserlaubnis und dann ein Visum zu beantragen, vereinfacht diese kombinierte Erlaubnis die Prozedur. Ein Arbeitgeber, der die Wirtschaftsmigration nutzen möchte, weil er in Belgien keinen Bewerber für die zu besetzende Stelle findet, kann dies in einem einzigen Antrag über einen Online-Schalter tun.

Diese kombinierte Erlaubnis ermöglicht dem Arbeitnehmer, für einen begrenzten Zeitraum für den besagten Arbeitgeber zu arbeiten. Daher ist auch die Aufenthaltserlaubnis befristet, in der Regel auf ein Jahr. Dieses System schützt die Rechte der belgischen Arbeitnehmer, da bei der Antragstellung vereinbart wird, dass der Vertrag den Beschäftigungsbedingungen der belgischen Arbeitnehmer entsprechen muss, die bereits für das Unternehmen

arbeiten. Auch die Tarife müssen eingehalten werden, was es ermöglicht, gegen Sozialdumping vorzugehen.

Eine zu begrenzte Erlaubnis

Das vorgestellte System scheint zwar geeignet zu sein, um Kandidaten für Mangelberufe zu finden. Aber es lässt eine große Zahl potenzieller Kandidaten außen vor, die nicht in Frage kommen: Personen, die keine gültige Aufenthaltserlaubnis mehr haben. Derzeit können Arbeitnehmer, die keine Papiere mehr haben, dieses System nicht in Anspruch nehmen. In vielen Situationen wäre diese Eingliederung jedoch der beste Weg, um ihre Situation zu regularisieren!

In der Tat haben Arbeitgeber in mehreren Sektoren unbefristete Verträge mit Asylbewerbern unterzeichnet. Wenn dann nach jahrelanger Beschäftigung die Entscheidung des Generalkommissariats für Flüchtlinge und Staatenlose (CKFS) dem Antragsteller den Flüchtlingsstatus verweigert,

verliert er seine Aufenthaltserlaubnis und ist der Arbeitgeber gezwungen, ihn zu entlassen. Selbst wenn das Unternehmen ihn weiterhin beschäftigen möchte, erlaubt das Gesetz es nicht. Dann gibt es nur eine Lösung: einen anderen Kandidaten zu finden, entweder in Belgien oder anderswo.

**DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION
SCHEINT SICH WENIG UM DIE
UNTERBRINGUNGSBEDINGUNGEN VON
MIGRANTEN ZU KÜMMERN.**

Und wenn der Beruf immer noch zu den Mangelberufen zählt, kann der Arbeitgeber nur eine kombinierte Erlaubnis für einen anderen Arbeitnehmer beantragen. Viele Arbeitgeber möchten in dieser Situation einfach den geschulten, kompetenten Mitarbeiter, der das Unternehmen schon kennt, behalten.



„Ich mache mir Sorgen um die Zukunft“

Auch viele Arbeitnehmer möchten weiter für ihren Arbeitgeber arbeiten. Sie haben sich in Belgien ein Leben aufgebaut und wollen nicht in ein Land zurückkehren, in dem sie keine Zukunft haben.

Dies ist zum Beispiel der Fall bei Abdou Odoubi, einem Asylbewerber beninischer Herkunft, der vor einigen Jahren nach Belgien kam und internationalen Schutz beantragt hat. „Im Jahr 2022 habe ich angefangen, als Arbeiter in einer Schule in Mons zu arbeiten“, sagt er. „Ich habe Freunde unter meinen Kollegen gefunden. 2024 habe ich für die Sozialwahlen kandidiert. Ich wollte mich nützlich fühlen und für meine Kollegen da sein. Meine CSC-Delegierte hat mein

DIE REGULARISIERUNG VON ARBEITNEHMERN KANN SICH POSITIV AUF MANGELBERUFE AUSWIRKEN.

Selbstvertrauen gestärkt und mich ermutigt, zu kandidieren. Heute bin ich Delegierter im AGS. Trotzdem warte ich immer noch auf die Entscheidung des Rates für Ausländerstreitsachen (RAS)¹. Mein Arbeitgeber möchte mich weiter beschäftigen, aber wenn ich morgen einen negativen Bescheid bekomme, weiß ich nicht weiter. Der Schulträger ist jedoch bereit, eine Arbeitserlaubnis für mich zu beantragen. Ich mache mir Sorgen um die Zukunft.“

„Abdou ist eine echte Bereicherung für das Team und ein großartiger Kollege“, erklärt Veronique Taquin, Kollegin von Herrn Odoubi und CSC-Delegierte. „Er engagiert sich sehr bei der Arbeit. Unser Arbeitgeber möchte ihn wirklich weiter beschäftigen, aber derzeit kann kein Antrag auf Arbeitserlaubnis gestellt werden. Wir alle drücken die Daumen, dass seine Beschwerde Erfolg haben wird. Nach so vielen Jahren in Belgien hätte eine Rückkehr nach Benin keinen Sinn!“

Trotz derartiger Situationen, die keineswegs Einzelfälle sind, bleiben die Behörden taub für die Forderungen

Die CSC-Migranten geben den Arbeitgebern eine Stimme

Für die CSC-Migranten ist es wichtig, die Föderalregierung von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich bereits in Belgien befindenden Arbeitnehmern eine kombinierte Erlaubnis zu erteilen. Dieser Kampf kann nicht ohne die Vertreter der Arbeitgeberschaft geführt werden, die ebenfalls eine Reform des Systems der kombinierten Erlaubnis fordern, insbesondere um ihre Geschäftstätigkeit ausbauen zu können.

In diesem Zusammenhang haben die CSC-Migranten eine originelle Videokampagne ins Leben gerufen, in der Arbeitgeber aus verschiedenen Sektoren das Wort ergreifen, um dieses Thema in der öffentlichen Debatte anzusprechen. Die Arbeitgeber werden ebenfalls gebeten, einen Brief zu unterzeichnen, in dem sie unsere künftige Regierung auffordern, Änderungen an der kombinierten Erlaubnis in Erwägung zu ziehen, damit die Arbeitnehmer weiter hier arbeiten können. Viele Sektoren sähen darin einen echten Fortschritt in Bezug auf die Rechte von Arbeitsmigranten.

der Arbeitgeber. Die Logik der kombinierten Erlaubnis ignoriert diese Realität.

Migration ist notwendig

Heute dreht sich die Migrationsdebatte um die Aufnahme von Flüchtlingen und die Krise, die sie für unser Land bedeuten könnte. Parallel zur Achtung der Grundrechte der Migranten (siehe nächste Seite) ist die Migration jedoch auch notwendig, um der Alterung der Bevölkerung und dem Bedarf an Arbeitskräften, die in die Kassen der sozialen Sicherheit einzahlen, gerecht zu werden.

Dass dieses System in Anspruch genommen wird, sollte uns aber nicht einige der Gründe vergessen lassen, aus denen bestimmte Berufe nach wie vor strukturell als Mangelberufe gelten. Investitionen in Ausbildung, bessere Arbeitsbedingungen und bessere Löhne müssen unsere Prioritäten als Gewerkschaft bleiben. Angesichts des Personalmangels in vielen Berufen, wie z.B. im Gesundheits- und Unterrichtswesen, in der Industrie, Mechanik, usw., wird die Möglichkeit, Arbeitnehmer über die kombinierte Erlaubnis zu regularisieren, ein kleiner Schritt in die richtige Richtung sein.



Abdou Odoubi, Asylbewerber, und Veronique Taquin, CSC-Delegierte.

© Aurore De Keyzer

¹ Das RAS ist ein unabhängiges Verwaltungsgericht, das unter anderem Beschwerden gegen Entscheidungen des Generalkommissariats für Flüchtlinge und Staatenlose (GKFS) über Anträge auf internationalen Schutz prüft, Anm. d. Red.



Migration: Europa im Einklang mit der extremen Rechten

Das Europäische Parlament verabschiedete im April 2024 das Asyl- und Migrationspaket. Hinter den angekündigten Fortschritten zeichnet sich eine konsequente Verschlechterung der Achtung der Grundrechte von Migranten ab.

Diese umfassende Reform der Migrationspolitik der Europäischen Union, die 2026 in Kraft treten soll, zielt darauf ab, angesichts des Migrationsdrucks einen verbindlichen Solidaritätsmechanismus zwischen den Mitgliedstaaten zu schaffen: Die am stärksten von der Ankunft von Migranten betroffenen Länder (Italien, Griechenland und Spanien) würden von anderen Mitgliedstaaten bei der Aufnahme und Integration von Asylbewerbern stärker unterstützt.

Laut EU zielt das Migrations- und Asylpaket auch darauf ab, die Verfahren zur Bearbeitung von Asylanträgen zu vereinheitlichen und die Aufnahmebedingungen zu verbessern. Es würde beschleunigte Verfahren für Migranten aus Ländern mit niedriger Rate der Anerkennung des Flüchtlingsstatus einführen und die Dublin-Verordnung abschaffen, laut der die Ankunftsländer für die Prüfung von Asylanträgen zuständig sind. Ein flexibler Solidaritätsmechanismus wird die Umsiedlung von Asylbewerbern über den Finanzbeitrag oder die operative Unterstützung zwischen den Mitgliedstaaten ermöglichen.

Festung Europa

Wenn man die vorstehenden Ausführungen liest, scheint das Migrations- und Asylpaket ein Schritt vorwärts hin zu einer kohärenten und fairen Migrationspolitik für alle Mitgliedstaaten zu sein. In Wirklichkeit ist dieser Pakt, der vorgibt, Verantwortung und Solidarität in Einklang zu bringen, für die CSC „katastrophal“ und „stellt vor allem ein Mittel zugunsten einer ausgewählten Einwanderung dar“, und zwar durch einen repressiven Ansatz, „der die Migration kriminalisiert und in Richtung Grenzschließung geht.“ Dieser Ansatz droht zu einer Verschlechterung der bereits problematischen Achtung der Grundrechte von Migranten zu führen.

Kurz zusammengefasst schlägt der Pakt vor, die Kontrollen an den EU-Außengrenzen zu verstärken und die Rückführungsverfahren für irreguläre Wirtschaftsmigranten zu erleichtern. Was die Dublin-Verordnung betrifft, so wurde sie gerade geändert. Der „Solidaritätsmechanismus“ ermöglicht es dem Land, sich von der Aufnahme zu befreien, indem es die Antragsteller gegen Zahlung eines Pauschalbetrags

in das Einreiseland zurückschickt. Man könnte von einer bezahlten Dublin-Verordnung sprechen.

Bei der Einreise sieht sie neue Verfahren für die Ingewahrsamnahme, die Überprüfung und die beschleunigte Bearbeitung von Anträgen vor, wodurch das Recht auf Asyl prekärer wird. So würden beispielsweise bei der Ankunft von Migranten an den Grenzen der Union die Verfahren für die Bearbeitung von Akten für Ankömmlinge, die aus einem Land mit einer Rate der Anerkennung des Flüchtlingsstatus unter 20 % kommen, beschleunigt. Diese Menschen werden in Registrierungscentren für ein „Grenzverfahren“ festgehalten, das bis zu sechs Monate dauern kann.

Das neue Verfahren zielt auch auf Menschen ohne Papiere ab, indem die polizeilichen Grenzkontrollen in den zweiten Ankunftsändern verstärkt werden. Die Niederlande sind bereits in die Fußstapfen Deutschlands getreten, das im Dezember 2024 mit Grenzkontrollen begonnen hat.

Politische Verhärtung

Der Aufstieg der extremen Rechten in der EU trägt zu dieser Verhärtung der Migrationspolitik bei. So hat die italienische Regierung den umstrittenen Vorschlag, in Albanien Rückführungscentren („Hubs“) zu schaffen, in die Tat umgesetzt. Diese Initiative wurde von der Europäischen Kommission begrüßt, die sich wenig um die Unterbringungsbedingungen und die zynische Instrumentalisierung der Hilfe zu kümmern scheint, die die EU in diesen Ländern über die Entwicklungshilfe leisten könnte.

Für die CSC „konzentriert sich dieser Pakt hauptsächlich auf einen Mechanismus zur Umsiedlung von Asylbewerbern. Zu keinem Zeitpunkt wird der Schwerpunkt auf die Regularisierung oder den Schutz der Arbeitnehmer gelegt.“ In Ermangelung einer regulären Migrationsroute werden die Migranten keine andere Wahl haben, als neue irreguläre Routen zu nehmen, mit dem Risiko, von Schleusern ausgebeutet zu werden.





„Europäische Union, wach auf“

Rund 5.000 europäische Arbeitnehmer haben sich an die EU-Kommission gewandt, um eine Zukunft für die Industrie in Europa zu fordern.

Europa befindet sich in einer großen industriepolitischen Krise. Die massive Entlassungswelle in den vergangenen Monaten in Europa kostete bereits fast 100.000 Arbeitsplätze und gefährdet das Überleben der Branche. Pierre Cuppens, Generalsekretär der CSC Bau-Industrie & Energie (CSCBIE), ist über den Rückgang der Industrie in Belgien besorgt. „Die Industrie spielt eine entscheidende Rolle für unseren Wohlstand. Wir sind zutiefst besorgt, denn jede Umstrukturierung und jeder Arbeitsplatzverlust betrifft viele Arbeitnehmer und ihre Familien. Wir fordern Unternehmen und Politik auf, sich gemeinsam mit uns für die Stärkung der Industrie in Europa einzusetzen und Umstrukturierungen, Verlagerungen und Schließungen zu stoppen.“

Notwendige Solidarität

Angesichts dieser Gefahr nahmen 5.000 Arbeitnehmer aus ganz Europa an einer IndustriAll-Kundgebung teil, um ihre Besorgnis zum Ausdruck zu bringen und die EU zum (Re)Agieren

aufzufordern. So auch Gerardo, ein Arbeiter im Stellantis-Werk in Melfi (Italien): „Die Europäische Kommission muss diejenigen unterstützen, die auf Elektro-, Hybrid- und endotherme Autos setzen. Ihre Unentschlossenheit fördert den Kauf von Autos nicht: Der Markt schrumpft, und daher reichen die produzierten Stückzahlen nicht mehr aus. In der Basilikata verloren bereits mehr als 2000 Arbeiter ihre Arbeit.“ Bart Deceukelier, Sekretär der CSCBIE, ist der Meinung, „dass wir Arbeiter solidarisch sein müssen. Wenn wir mit den Arbeitern in anderen Ländern konkurrieren, werden wir verlieren. Die Arbeitnehmer müssen ihren Platz in der europäischen Politik haben und konsultiert werden.“

Richtlinie über einen gerechten Übergang

Diese Kundgebung fand auf dem Place Jean Rey statt, nur einen Steinwurf von der Kommission entfernt, die am 26. Februar ihren Pakt für eine saubere Industrie vorstellen wird. „Das Erwachen kommt spät, aber es ist noch nicht zu spät“, erklärt Lahoucine Ourhribel, Generalsekretär der ACV-CSC Meta. „Europa war naiv und passiv. Es hat eine Reihe sogenannter strategischer Unternehmen nach Asien und in die Vereinigten Staaten verlagert. Wir müssen das Ausbluten stoppen und die in Europa immer

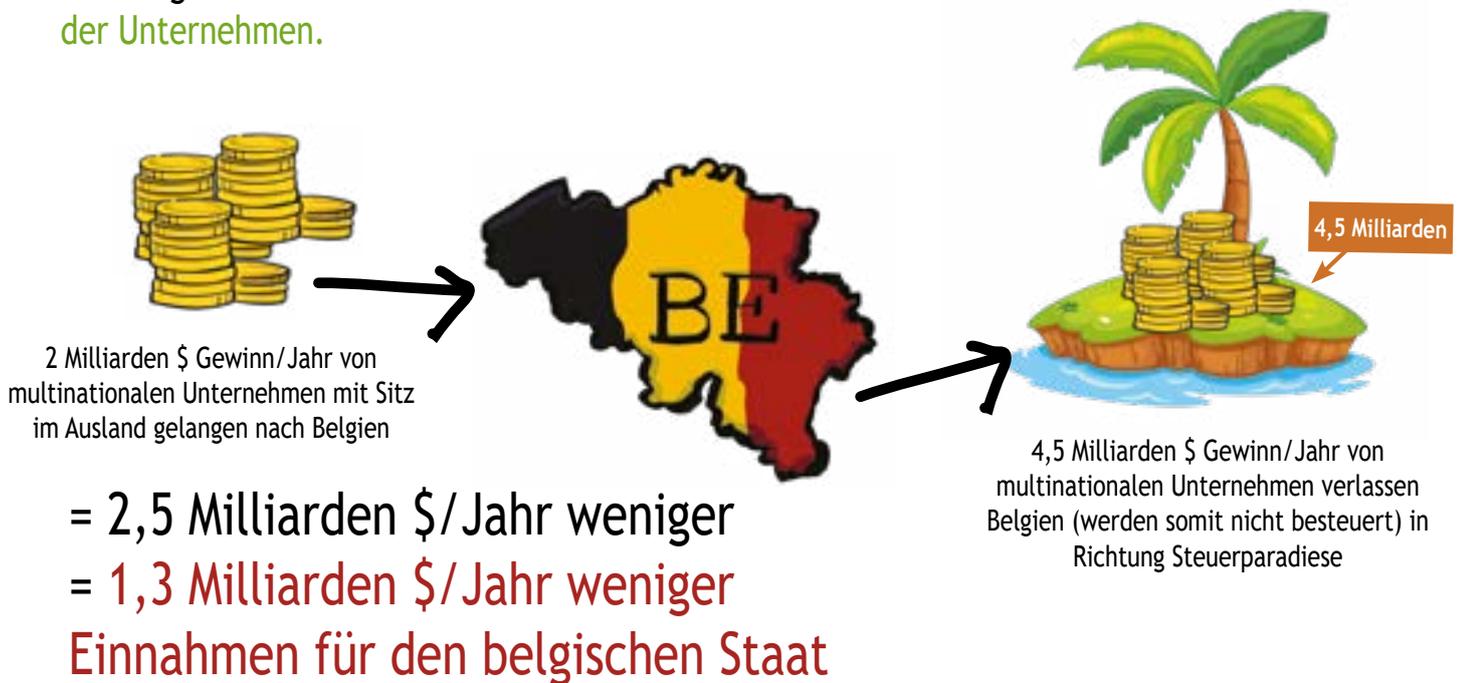
noch präzente Industrie konsolidieren und sie gleichzeitig so umgestalten, dass sie auf die digitalen und ökologischen Herausforderungen reagiert. In einer Industrierüste kann man nicht bauen. Es ist unerlässlich, dass Europa seine strategische Autonomie garantiert und sicherstellt, dass die Unternehmen über erschwingliche Energie verfügen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihre Verankerung auf dem Kontinent zu erhalten.“ Diese Beobachtung wird von EGB-Generalsekretärin Esther Lynch geteilt, die sich für die Aufnahme einer Richtlinie über einen gerechten Übergang in den Pakt einsetzt, die „unerlässlich ist, um sicherzustellen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Übergang gestalten, anstatt die Folgen zu tragen.“

Eine Gewerkschaftsdelegation wurde von den EU-Kommissaren für Industriestrategie und Soziale Rechte und Beschäftigung empfangen. Diese beauftragten die Dringlichkeit des Erhalts industrieller Kapazitäten und Arbeitsplätze. Die Delegation erinnerte sie an ihre Forderung, jede Unterstützung der Industrie an soziale Auflagen zu knüpfen, um die Beschäftigung aufrecht zu erhalten.

Was kostet uns wirklich „ein Wahnsinnsgeld“?

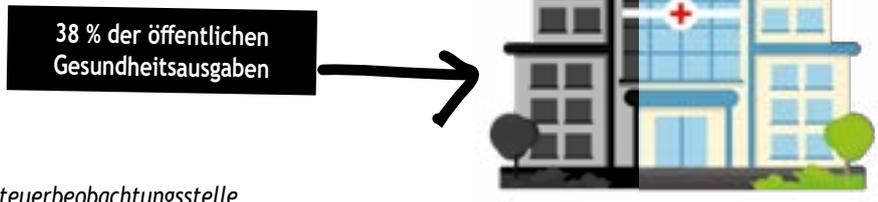
Im Gegensatz zu der Meinung einiger Politiker zeigen wir, was den Staat wirklich viel kostet, nämlich wie eine Reihe von Mechanismen den Reichen und Unternehmen zugutekommen. Die zweite Grafik in unserer fünfteiligen Serie legt den Fokus auf die Steuerflucht der Unternehmen.

1. Steuerflucht der Reichsten
2. **Steuerflucht der Unternehmen**
3. Steuerlücken für die Reichsten
4. Öffentliche Ausgaben und Steuerlücken für die Unternehmen
5. Senkung der Steuersätze



Wenn es eine Mindeststeuer von 25 % für multinationale Unternehmen in der OECD gäbe

- + 19 Milliarden € / Jahr Einnahmen für die Unternehmenssteuer
- = 38 % der öffentlichen Gesundheitsausgaben
- = Verdopplung der derzeitigen Einnahmen der Unternehmenssteuer



Quelle: Tax Justice Network und EU-Steuerbeobachtungsstelle

Muskel-Skelett-Erkrankungen betreffen alle

/// Muskel- und Skeletterkrankungen (Sehnenentzündungen, Rückenprobleme, Karpaltunnelsyndrom, Tennisarm, usw.) sind die zweithäufigste Ursache für Invalidität in Belgien. Gewerkschaftliche Kämpfe haben zu neuen Verpflichtungen für die Arbeitgeber geführt.

Nach Kämpfen der Gewerkschaften zur Einführung von Maßnahmen zur Prävention von Muskel-Skelett-Erkrankungen (MSE) in Unternehmen wurde dem Gesetzbuch über das Wohlbefinden am Arbeitsplatz ein neuer Text (Königlicher Erlass vom 24. Mai 2024) hinzugefügt. Er verpflichtet den Arbeitgeber, alle Arbeitsplätze des Unternehmens einer „ergonomischen Risikoanalyse“ zu unterziehen, was ohne diesen Zwang fast nie geschah. Ergonomie am Arbeitsplatz „ist ein Ansatz, um die Arbeit, einschließlich des Arbeitsplatzes und der Arbeitsumgebung, an den Menschen anzupassen, unter Berücksichtigung seiner körperlichen, geistigen, psychischen und sozialen Eigenschaften, und der in allen Bereichen des Wohlbefindens am Arbeitsplatz anzuwenden ist.“ Diese Definition kehrt das in den Unternehmen häufig verwendete Paradigma, den Arbeitnehmer an die jeweilige Aufgabe anpassen zu wollen, um.

„Das ist einfach: wir machen immer die gleichen Bewegungen“

Alle Berufe (manuelle, körperliche, sitzende Tätigkeiten, usw.) können von Muskel-Skelett-Erkrankungen betroffen sein. Die Beschwerden treten allmählich auf und werden von mehreren Faktoren verursacht. Es gibt verschiedene Arten:

Physische/biomechanische MSE

Zu diesen MSE zählen schwere körperliche Arbeit (z.B. Reinigungspersonal), das Tragen schwerer Lasten, unbequeme Körperhaltungen (z.B. Kindergärtnerin), lang andauernde Aufgaben, langes Sitzen oder Stehen (z.B. Kassiererin), Aufgaben, die wiederholt werden müssen oder hohe Präzision erfordern (z.B. Grafiker).

Psychosoziale MSE

Übermäßige Arbeitsbelastung und hohe Arbeitsintensität können den Stress der Arbeitnehmer erhöhen, was wiederum ihre Muskelverspannungen und Schmerzempfindlichkeit steigern kann. Auch die fehlende Kontrolle über die zu erledigenden Aufgaben oder die Art und Weise bzw. das Tempo, in dem diese zu erledigen sind, sowie mangelnde Unterstützung durch Kollegen oder Vorgesetzte können das Risiko von Muskel-Skelett-Erkrankungen erhöhen (z.B. Callcenter-Mitarbeiter). Wenn sich Arbeitnehmer bei der Arbeit zu starkem Druck ausgesetzt fühlen, sind sie nicht in der Lage, angemessene Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, gute Körperhaltungen einzunehmen und sichere Arbeitsverfahren anzuwenden. So kommt es, dass psychosoziale Faktoren zu Risikofaktoren für Muskel-Skelett-Erkrankungen werden.

MSE, die mit organisatorischen Faktoren zusammenhängen

Zu diesen Faktoren zählen die Art und Weise, wie die Arbeit organisiert ist, d.h. die Anzahl aufeinanderfolgender Arbeitsstunden, die Möglichkeit, Pausen zu machen, das Arbeitstempo und die Vielfalt der zu erledigenden Aufgaben. All diese Elemente sind Aspekte, die sich auf die Schwere körperlicher Arbeiten auswirken.

Die Risikoanalysen müssen vom Präventionsberater unter aktiver Beteiligung der Arbeitnehmer erstellt werden. Sie kennen ihre Körperhaltung bei der Arbeit und ihre Belastungen am besten. Wenn in Ihrem Unternehmen nichts passiert, zögern Sie nicht, sich an Ihre Gewerkschaftsvertreter oder den Präventionsberater zu wenden.



Mehr Informationen:

Johanne Boca ist Grafikdesignerin und Arbeitnehmervertreterin in der Gewerkschaftsdelegation und im AGS des Brüsseler Kulturkomplexes „Botanique“.

Wie fühlen sich Muskel-Skelett-Erkrankungen an?

Das ist einfach: Wir machen immer die gleichen Bewegungen. Bei mir sind es der rechte Arm und die rechte Hand, die stark beansprucht werden. Das ist so sehr zur Gewohnheit geworden, dass es bis in den Nacken und in den Rücken zieht. Man könnte mich schlagen und ich würde es nicht spüren. Das hängt mit

dem Stress und den sich wiederholenden Bewegungen zusammen.

Welche Maßnahmen ergreift der Arbeitgeber in dieser Hinsicht?

Bisher wurde noch nichts getan. Auf Ebene der Delegation werden wir über Teams einen Fragebogen erstellen, damit wir von den Beschäftigten erfahren, was sie verbessern möchten.

“Kommentar

Eine ernsthafte Bedrohung für den Wohlstand und das Wohlbefinden aller Menschen



Die CSC ist besonders enttäuscht über den Inhalt des Abkommens der Föderalregierung. Das Regierungsprogramm sieht eine Flut von Maßnahmen vor, die eine ernsthafte Bedrohung für den Wohlstand und das Wohlbefinden der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft darstellen.

Arbeitnehmer, Rentner, Kranke und Arbeitssuchende werden die Folgen dieses Abkommens stark zu spüren bekommen. Senkung der Renten, massive Sparmaßnahmen im Gesundheitssektor und bei den Arbeitslosenzulagen, eingefrorene Löhne, schlechter bezahlte Überstunden und Nachtarbeit,... Den Arbeitnehmern werden Nettolohnerhöhungen versprochen, aber erst im Jahr 2027, während die Unternehmen sofort Kasse machen können.

Das Regierungsabkommen beinhaltet auch zahlreiche Maßnahmen, die das Wohlbefinden der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefährden. Die geplante Flexibilisierung der Arbeit, die auf mehr Überstunden und Nachtarbeit abzielt, die Infragestellung der Bestimmungen über die

Mindestarbeitszeit, der Abbau von Arbeitsplätzen am Laufbahnende usw. All diese Maßnahmen werden die Arbeitsbelastung noch weiter erhöhen und damit die Zahl der Arbeitnehmer, die nicht durchhalten und krank werden, weiter ansteigen lassen.

Ihre Gesundheit wird nicht dadurch verbessert, dass man sie anschließend bestraft. Ebenso wird es die Armen nur noch ärmer machen, wenn man sie angreift, anstatt die Armut zu bekämpfen.

Angesichts dieser unverhältnismäßigen Anstrengungen, die den Arbeitnehmern abverlangt werden, und des Angriffs auf ihren Sozialschutz fallen die Anstrengungen, die von den Wohlhabenden und den Unternehmen verlangt werden, besonders dürftig aus. Aufgrund eines solchen Ungleichgewichts war es für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unerlässlich, sich an der Kundgebung am 13. Februar zu beteiligen.

Marie-Hélène Ska
CSC-Generalsekretärin

Bye-Bye „X“, hallo „Bluesky“

Das von Elon Musk gekaufte soziale Netzwerk X hat sich in den letzten Monaten zu einem zunehmend toxischen Ort entwickelt: Rechtsextreme Konten werden dort hervorgehoben, darunter auch solche, die wegen Hassreden oder neofaschistischen Äußerungen gesperrt waren. Falsche Informationen („Fake News“) sind dort weit verbreitet. Aufgrund des aktiven politischen Engagements von Elon Musk für die extreme Rechte, das im Widerspruch zu den Werten steht, für die die CSC als Gewerkschaft täglich eintritt (Inklusion, Wohlwollen, Kampf gegen Diskriminierung), haben wir beschlossen, auf das Bluesky-Netzwerk umzusteigen.

Bluesky bietet eine respektvolle Alternative für seine Nutzer, weit entfernt von den umstrittenen Auswüchsen von X (mangelnde Mäßigung, verzerrte Algorithmen, aufdringliche Werbung, Fake News, usw.). Für eine

Organisation wie die unsere, die sich für Transparenz und Fairness einsetzt, bietet Bluesky einen Raum, der unseren Werten besser entspricht.

Daher sind die X-Konten der CSC seit Anfang Februar geschlossen. Die CSC wird auf dieser Plattform keine Nach-

richten mehr posten und auch nicht mehr auf Nachrichten von Nutzern reagieren.

Folgen Sie uns auf Bluesky:
[@diecsc.bsky.social](https://bsky.app/profile/diecsc.bsky.social)

